

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

13.8.1932 (No. 188)

Expedition
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshöhe
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 9515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. S.
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Wegpreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Stenogramm. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Postersabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachrichtenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Lage der Weltwirtschaft Ein Urteil der Berliner Handelsgesellschaft

Die Frage, inwieweit der nun in Amerika sich zeigende Optimismus über die Lage der Weltwirtschaft und die bereits zu erkennende Krisenwende berechtigt sei, untersucht als erste der deutschen Großbanken, die Berliner Handelsgesellschaft. Das Institut bemüht sich, zu ermitteln, ob die Anregungen, die vom Weltmarkt ausgehen, auch einen nachhaltigen Niederschlag in Deutschland finden werden. Es werden folgende Schlussfolgerungen gezogen:

„Wer der Meinung ist, daß Deutschland auf eine Pflege der weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht verzichten kann, muß in den internationalen Wertschwundsymptomen einen Anlaß zu bescheidenem Optimismus finden. Leider sind diese Anzeichen weniger unmittelbar als mittelbar geeignet, die Deutsche Wirtschaft im günstigen Sinne zu beeinflussen.“

Nach einer dreijährigen Dauer der Weltwirtschaftskrise erscheint es nicht unangekündigt, sich an Hand der Statistiken ein Bild des erreichten Schrumpfungsumfanges und der Möglichkeiten eines Konjunkturaufschwungs zu machen. Die allgemeine Betrachtung der Ziffern macht sich an der Tatsache orientieren, daß seit einiger Zeit die statistisch nicht erfahrbaren Symptome eines wirtschaftlichen Umsturzes günstiger zu sein scheinen, als die üblichen Zahlenreihen dies zum Ausdruck zu bringen vermögen.“

In Deutschland ist der Produktionsindex in den letzten drei Jahren um rund 46 v. H. zurückgegangen. Die Wagenherstellung der Reichsbahn erreichte im Juli 1929 einen Höchststand von 422 Mill. Wagen; die Juni-Ziffer 1932 lag um 89 v. H. darunter. Im Außenhandel wurde das höchste Gesamtvolumen (einschl. Reparationen) im April 1929 mit 248 Mrd. M. erreicht. Im Juni 1932 stellte sich der Betrag nur noch auf 92 Mrd. M. Der Rückgang beträgt also 67,1 v. H. Dabei nahm die Ausfuhr um 63,1 v. H., die Einfuhr um 71 v. H. ab. Der deutsche Großhandelsindex ermächtigte sich von 141,6 (Juli 1928) auf 95,9 im Juli 1932, d. h. um 32,3 v. H. Die Lebenshaltungskosten stellten sich im Juli d. J. auf 121,5 gegen 100 im März 1929. Die Schrumpfung beträgt also 22,4 v. H. Für die Beurteilung des Verfalls der Effektenmärkte mag die Angabe genügen, daß die am 30. Juni d. J. an der Berliner Börse notierten Aktien bei einem Durchschnittskurs von 48,20 v. H. und einem Nominalbetrag von 10,59 Mrd. M. einen Kurswert von 5,1 Mrd. M. hatten. Gegenüber 1931 beträgt die Abnahme 43,5 v. H., verglichen mit 1929: 69,6 v. H. und gemessen an dem Höchststand von 1927 sogar 72,9 v. H. Im gleichen Zeitraum sind Pfandbriefe, die den wichtigsten Wertmaßstab auf dem Rentenmarkt bilden, um 32,6 v. H. gefallen.“

Für die amerikanischen Verhältnisse veröffentlicht Moody eine aufschlußreiche Zusammenfassung. Moody untersucht das Ausmaß der Wirtschaftsschrumpfung auf dem Gebiete der Produktion und Preise andererseits. Er zieht aus seinen Zahlen das Fazit, daß der Wertschrumpfungszug auf den meisten Gebieten sehr weit vorgeschritten ist, daß aber verschiedene starrgebliebenen Teile der wirtschaftlichen Struktur die Anpassung noch nicht ausreichend mitgemacht haben. Er meint, daß eine „Deflation der Ideen“ die Liquidierung einer unhaltbar gewordenen Schuldenlast beschleunigen würde. Je schneller eine realistische Auffassung über diese Dinge Platz greift, desto leichter werden auch die restlichen Aufgaben bei der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durchgeführt werden können.“

Viele der von Moody genannten Ziffern haben durch die freundlichere Stimmung der letzten Wochen eine beträchtliche Korrektur erfahren. Durch die fortschreitende Besserung an den Effektenmärkten ist jedenfalls eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Wirtschaftsanfurbelung geschaffen worden. Die Frage, ob die Aufwärtsbewegung, die zunächst nur eine Korrektur der vielfach zu weit getriebenen Wertvernichtung darstellt, in der nächsten Zeit durch neuen Kapitalzufluß alimentiert werden kann, darf zunächst kaum optimistisch beantwortet werden, wenn man nur den Umfang des aus der Verfleinerung des Wirtschaftsvolumens freierwerdenden Kapitals und des grundsätzlich neugebildeten Kapitals in Betracht zieht. Nun steht aber Felix Somary in seiner Broschüre „Krisenwende?“ glaubhaft auseinander, daß das international kurzfristig gebundene Geld eine Reservestärke darstelle, wie sie in den beiden letzten Jahren kaum zur Verfügung gestanden hat. Somary sieht in der zunehmenden Anlagebereitschaft dieses Kapitals einen wichtigen Drehfaktor der Krise.“

Eine weitere Anregung für die Besserung der weltwirtschaftlichen Gesamtlage wird sowohl von Somary als auch von Wagemann in der kürzlich erschienenen Broschüre „Krisenwende?“ erbracht. Allerdings wird gerade diese Besserung, so sehr sie als Kaufkraftfaktor für die Agrar- und Rohstoffländer ins Gewicht fällt, für Deutschland vorläufig noch nicht die Grundlage eines fühlbaren Konjunkturaufschwungs bilden können, es sei denn, daß die Höherbewertung auf den Warenmärkten, zweifellos unterstützt durch die liberale amerikanische Kreditpolitik, auch im Deutschen Reich allmählich wieder zur Auffüllung erschöpfter Lager und zur Vornahme gewisser Investitionsarbeiten anregt. Eine derartige „Einbedingung“ hat in Anbetracht der Devisenlage auch eine negative Seite. Für Deutschland ist es noch wichtiger als für andere Länder, daß die Erringung der Geld- und Kreditmärkte einer durchgreifenden Verflüssigungstendenz Platz macht. Leider wird die Kapitalumlagerung zum Geld zum Rentenmarkt hier noch durch viele Hindernisse erschwert.“

Letzte Nachrichten Hitler verhandelt

Nachmittags Empfang beim Reichspräsidenten

In den heutigen Mittagsstunden verhandelte der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Hitler, mit dem Reichsfinanzminister von Papen. Einer Meldung, wonach Hitler das ihm angebotene Amt des Vizekanzlers in Verbindung mit dem Amt des preussischen Ministerpräsidenten abgelehnt und dem Kanzler bereits die Opposition seiner Partei angekündigt haben sollte, schien sich nicht zu bewahrheiten, da, wie weitere Meldungen besagten, die Verhandlungen fortgesetzt wurden.

Nach den bekanntgewordenen Dispositionen wurde die Besprechung Hitlers beim Reichspräsidenten, die ursprünglich für heute mittag angelegt war, auf heute nachmittag verschoben. Der Reichskanzler soll vorher dem Reichspräsidenten über seine Besprechung mit Hitler Bericht erstatten und dann gemeinsam mit Hitler vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Die Gegensätze

Der Gegensatz zwischen den drei in Frage kommenden Aufstellungen, wie er Freitag abend und auch noch heute, Samstagvormittag, bestand, läßt sich folgendermaßen darstellen:

Die Nationalsozialisten verlangten die Führung in einem nationalsozialistisch beherrschten Kabinett, in dem sie nach freiem Ermessen den Vertretern anderer Parteien diesen oder jenen Ministerposten überlassen wollten.

Der Reichspräsident ist der Ansicht, daß ein solches von den Nationalsozialisten beherrschtes parteipolitisches Kabinett nicht in Frage komme und will an der bisherigen Konstitution eines Präsidialkabinetts festhalten, in dem zwar Nationalsozialisten vertreten sind, aber ohne parteipolitische Bindung. Der Reichspräsident zeigte jedoch die Absicht, den Wünschen der Nationalsozialisten soweit entgegenzukommen, wie es mit seinem persönlichen Standpunkt irgendwie zu vereinbaren ist. Dieser persönliche Standpunkt hält aber, wie in der Umgebung betont wurde, daran fest, daß die Übertragung des Reichskanzleramts an Adolf Hitler nicht in Frage komme, und zwar deshalb nicht, weil der Reichspräsident nach den Erfahrungen der letzten Jahre entschieden gegen jede Parteiregierung ist. Die Beauftragung Adolf Hitlers würde aber nach seiner Auffassung die Erhebung des Präsidialkabinetts Papen durch eine Parteiregierung bedeuten. Deshalb gingen die heutigen Besprechungen von der Basis aus, daß Hitler im Rahmen der Präsidialregierung das Amt des Vizekanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten übernimmt.

Das Zentrum schließlich hat erklärt, daß es nicht die Absicht habe, ein rein nationalsozialistisches Kabinett zu tolerieren und es will sich noch viel weniger mit einem Präsidialkabinett einverstanden erklären, bei dem die Verantwortung der Nationalsozialisten, ebenso wie bei dem Kabinett Papen, nicht offen daläge.

Die „Frankf. Ztg.“ legt die Erklärung des Zentrums vom Donnerstag folgendermaßen aus: Abgesehen von seinem Wunsch, Herrn von Papen zu kürzen, stellt es folgende Forderungen auf: keinerlei Parteibikatur (dieser Punkt dürfte keine Schwierigkeiten bereiten), „klare Verantwortlichkeit“ und Einhaltung des „verfassungsmäßigen Weges“. Unter diesen Bedingungen will sich die Zentrumspartei „jeder Lösung gegenüber positiv verhalten“. Da es ausgeschlossen ist, daß der Reichspräsident die Verfassung verletzen wird, und da auch Papen-Schleicher eine parlamentarische Untermauerung der Regierung wiederholt als ihr Ziel erklärt haben, können vernünftigerweise Differenzen nur wegen der Frage entstehen, auf welche Weise die Verantwortlichkeit der NSDAP, am klarsten festgelegt werden kann. Die parteiunabhängige Erklärung des Zentrums hat bisher nicht gesagt, daß unter allen Umständen soundso viele Zentrumsmänner und soundso viele nationalsozialistische zusammenstehen müssen, damit das Zentrum sich „positiv verhalten“ kann.

Mißglückter Studentenputsch in Chile

W.D. Santiago de Chile, 13. Aug. 400 Studenten bemächtigten sich gestern der Universität in Santiago und verkündeten, daß sie eine neue Republik gründen wollten. Polizei belagerte die Räume und bei dem Versuch, die Studenten aus der Universität zu vertreiben, wurde ein Polizist getötet. Die Aufständischen wurden schließlich verhaftet.

Aber Chile soll der Ausnahmezustand verhängt worden sein.

Strafantrag von Prälat Kaas. Wie die „Königliche Volkszeitung“ berichtet, hat Prälat Kaas wegen der Angriffe, die von nationalsozialistischer Seite vor der Reichstagswahl in einem Plakat gegen die Prälaten Kaas und Ullrich gerichtet worden sind, Strafantrag gegen den Chefredakteur des „Westdeutschen Beobachters“ Winkler und Gen. gestellt. In dem Plakat wurde gegen die Prälaten Kaas und Ullrich der Vorwurf erhoben, die Abtrennung der Rheinlande und Schlesiens angestrebt zu haben.

Stadtrat Förster nicht verhaftet. Die Gau-Pressestelle der NSDAP, Rheingau, teilt nun mit, daß sie der Notiz betreffend die Festnahme des zur Strafverbüßung geschickten nationalsozialistischen Schriftleiters und Stadtrats Förster, Ludwigshafen, fernstehe. Auf Anfrage bei den behördlichen Stellen wird bestätigt, daß Förster bisher nicht auffindbar war, eine Festnahme also auch nicht erfolgen konnte.

Bringt die Neuregelung des freiwilligen Arbeitsdienstes einen Fortschritt?

Von Dr. G. Weismann, Karlsruhe.

Der Freiwillige Arbeitsdienst ist durch die Verordnung vom 16. Juli 1932 neu geregelt worden. Sie enthält die wesentlichsten Bestimmungen über den Umfang, den Zweck und die wichtigsten Grundzüge des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die bisherigen Erfahrungen, die seit der ersten gesetzlichen Regelung gesammelt werden konnten, sind so gute und haben im großen und ganzen die gehegten Hoffnungen erfüllt, daß das neue Recht in den großen Grundlinien sich an das alte anschließen konnte und nur auf Teilgebieten einige allerdings sehr einschneidende Änderungen erforderlich wurden.

Während bisher in der Hauptsache Empfänger von versicherungsmäßiger Mu und von Krü = Arbeitslosen- und von Krisenunterstützung, und unter gewissen Voraussetzungen auch Jugendliche unter 21 Jahren gefördert werden konnten, soll nunmehr nach Artikel 1 der genannten V.O. (= Verordnung) der freiwillige Arbeitsdienst den jungen Deutschen die Gelegenheit geben, freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig sittlich zu ertüchtigen. Damit ist gleichzeitig für die künftige Entwicklung die Richtung gewiesen. Die Begrenzung auf die lediglich von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstützten ist grundsätzlich aufgegeben. Naturgemäß sind diese bevorzugt zu berücksichtigen, daneben aber auch die als Wohlfahrtserwerbslose in der öffentlichen Fürsorge Unterstühten.

Nach früherem Recht konnten mit gewissen Einschränkungen alle Altersklassen unter den sonstigen Voraussetzungen am freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen. Jetzt soll nach Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung die Förderung hauptsächlich Personen unter 25 Jahren zustatten kommen. Dies schließt natürlich nicht aus, in besonderen Fällen auch Personen über 25 Jahre zu den Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes zuzuweisen. Bei dem außerordentlich großen Umfang der Arbeitslosigkeit aber wird man ältere und verheiratete Arbeitslose vornehmlich zweckmäßigerweise bei Notstandsarbeiten verwenden.

Die Grundzüge der Gemeinnützigkeit, der Zufälligkeit und der Subsidiarität sind aufrechterhalten. Im Art. 2 ist ausdrücklich bestimmt, daß der Arbeitsdienst nicht zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit auf dem freien Arbeitsmarkt führen darf; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt, noch auf absehbare Zeit ohne Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können.

Daß der freiwillige Arbeitsdienst der Gesamtheit dient und nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden darf, ist erneut festgelegt worden.

Hinsichtlich der Frage, wer Träger der Arbeit sein kann, hat die neue Verordnung eine Erweiterung inforsen gebracht, daß nunmehr auch Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, Träger der Arbeit sein können, vorausgesetzt, daß dabei die Ergebnisse ausschließlich oder überwiegend der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen.

Zur Zusammenfassung und Betreuung der Arbeitsdienstwilligen sind in den vergangenen Monaten zweckentsprechende Organisationen gegründet worden. In Südwestdeutschland haben vor allem das Heimatswerk Stuttgart und das erst vor einiger Zeit gegründete Heimatswerk Baden den freiwilligen Arbeitsdienst in erfreulichem Umfang gefördert. Sie fungieren als Träger des Dienstes, soweit nicht die Träger der Arbeit die vorgeschriebenen Aufgaben übernehmen, und werden nunmehr nach Art. 3 Abs. 2 der Verordnung als im besonderen Maße geeignet anerkannt.

Die genannte Verordnung hat nur den großen Rahmen abgegeben, der bei der grundsätzlichen Prüfung, ob ein Vorhaben im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes verwirklicht werden kann, zu beachten ist, und hat deshalb lediglich programmatische Bedeutung. Die in der Praxis stehenden Kreise sind aber hauptsächlich von den Durchführungsbestimmungen betroffen, die nunmehr erlassen sind, soweit das Reichsarbeitsministerium hierfür zuständig ist. Die Ausführungsvorschriften zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst sind unter dem 2. August 1932 ergangen.

Der Grundsatz der Freiwilligkeit ist wiederum besonders betont. Eine Sperrfrist nach § 93c MABG. kann nicht verhängt werden.

Wie nach altem Recht, wird für den Arbeitsdienstwilligen nach § 6 ein Betrag von höchstens 2 RM. wochentäglich gewährt, und zwar bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren. Die frühere sog. Individualunterstützung ist weggefallen. Bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten kann die Förderungsdauer bis zu 40 Wochen erhöht werden. Von sehr einschneidender Bedeutung und von großem Vorteil für den Arbeitsdienstwilligen ist die Bestimmung des § 7, wonach während der Förderung die versicherungsmäßige Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung ruht, so daß also für die Dauer der Beschäftigung die Unterstützungsperiode unterbrochen wird und danach bis zum Ende abläuft.

Bestimmte Anhaltspunkte, in welcher Richtung der freiwillige Arbeitsdienst sich zukünftig bewegen soll, ergeben sich daraus, daß die Ausführungsverordnung auf die Auswahl und die Schulung der Führer besonderen Wert legt. Den Arbeitsdienstwilligen selbst ist beim Ausschleiden aus dem Arbeitsdienst auf Antrag eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Beschäftigung, möglicherweise auch über die Führung und Leistung auszustellen.

Das Verfahren selbst wird im Wege der einheitlichen Zusammenfassung und Verwaltung der Mittel wesentlich vereinfacht. Aber auch noch in anderer Weise ist eine Vereinfachung erzielt worden, so z. B. durch die Funktionen der Bezirkskommissare und des Reichskommissars. Die ersteren sprechen die Anerkennung einer Arbeit als Maßnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes aus, während der Vorsitzende des Arbeitsamtes über die Förderungsfähigkeit des einzelnen Arbeitsdienstwilligen entscheidet.

Aus dem Wesen des freiwilligen Arbeitsdienstes folgt des weiteren die Bestimmung des Art. 4, wonach der Eintritt über den freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne der gesetzlichen Vorschriften begründet. Dagegen kommt die Sozialversicherung und der Arbeitsschutz den Arbeitsdienstwilligen zufließen.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind erhebliche Verbesserungen eingetreten. Ausdrücklich ist bestimmt, daß der Arbeitsdienstwillige, der im übrigen Krankenpflege und gegebenenfalls Krankenhauspflege erhalten kann, von der Entrichtung des Arzneikostenbeitrages und der Krankenscheingebühr befreit ist. Die Beiträge zur Krankenkasse sind weder vom Träger der Arbeit, noch vom Arbeitsdienstwilligen zu tragen, sondern werden aus Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes bezahlt.

Dagegen sind die Beiträge für die Unfallversicherung vom Träger der Arbeit zu bezahlen. Sie sind aber außerordentlich gering und betragen wochentäglich 2 Pf. für den Arbeitsdienstwilligen. Die reichsrechtliche Unfallversicherung kommt dem Arbeitsdienstwilligen uneingeschränkt zugute und erstreckt sich namentlich auch auf Unfälle außerhalb des Betriebes, so daß die Teilnehmer auch gegen Unfälle beim Sport und beim Turnen sowie beim Dienst im Arbeitslager versichert sind.

Für die in der Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung gestandenen Arbeitsdienstwilligen werden die Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Rentenversicherung aufrechterhalten. Die gleichen Vorteile genießen Wohlfahrtsempfänger.

Wie bisher haben Arbeitsdienstwillige, die für Siedlungszwecke eingesetzt werden, besondere Vergünstigungen.

Der freiwillige Arbeitsdienst soll keine Änderung unserer Arbeits- und Wirtschaftsverfassung herbeiführen, sondern als sozial- und wirtschaftspolitische Notmaßnahme zur Befreiung der Jugend aus jeilicher Not und gleichzeitig als Mittel zur Erhöhung der Werte und Vermehrung der Güter in der Volkswirtschaft gedacht sein.

Ein Überblick über die neuen gesetzlichen Bestimmungen zeigt, daß den ausführenden Organen und der Praxis mit der Neuordnung eine brauchbare Handhabe gegeben ist, weitergehend und in größerem Umfang, als es schon nach bisherigem Recht möglich war, zur Erreichung des arbeitspädagogischen Zieles, sowie auch des volkswirtschaftlichen Zweckes die wertvollen Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes in die praktische Wirklichkeit umzusetzen.

Der innere Kleinriegel

Immer noch politische Anschläge

Vor dem kommunistischen Parteibüro in der Columbusstraße in Dresden und vor einem Hause in der Sorbenstraße wurde in der vergangenen Nacht je eine Bombe zur Explosion gebracht, wodurch einiger Sachschaden angerichtet wurde. Bei dem Anschlag in der Columbusstraße wurde ein Mann schwer verletzt.

In Krefeld wurden in zwei Einheitspreisgeschäften und in das Warenhaus Lütz Tränengasbomben geworfen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Auf das Schlafzimmer des Gemeindevorstehers in Kesselsberg bei Melisch (Schlesien) wurden in der vergangenen Nacht zwei Gewehrschläge abgegeben; Personen sind nicht verletzt worden.

In München sind im Zusammenhang mit den Terrorakten, die in der Nacht zum 4. August verübt wurden, wie die Polizei meldet, sieben Angehörige der SA. festgenommen worden.

Neue Unruhen in Spanien. Aus dem Süden und Südosten Spaniens treffen Meldungen über neue Unruhen ein.

Die Lage in der englischen Baumwollindustrie hat sich so verschärft, daß mit einem Streik zu rechnen werden muß.

Die Lage in der Mandchurei

Japans Pläne

Die Ereignisse in China lassen darauf schließen, daß man in einflussreichen chinesischen Kreisen an einen ernsthaften Widerstand gegen die japanischen Maßnahmen in der Mandchurei denkt. Mit welchen Mitteln man diesen Widerstand und etwa gar eine Wiedereroberung der chinesischen Provinzen durchzuführen will, ist allerdings nicht recht klar. Sicherlich aber werden die Meldungen über die chinesischen Absichten dem japanischen Gegner ein höchst willkommenes Anlaß sein, seinerseits für eine weitere Verstärkung seiner Stellung Sorge zu tragen. Japan „schützt“ nur die selbständige mandchurische Regierung.

In den Kreisen der Lotioter Regierung und des Generalstabes sind — dem „A. T.“ zufolge — alle irgendwie in Frage kommenden Pläne für die Sicherung der japanischen Stellung in der Mandchurei durchberaten worden. An erster Stelle steht da eine Denkschrift des Majors Takashi Ganahe, die alle Möglichkeiten für eine wirtschaftliche, politische und militärische Durchdringung der Mandchurei ausklopft, für ihre sozusagen friedliche Eroberung unter der Flagge „nationale Selbständigkeit“.

In der Mandchurei sollen die alten römischen Militärkolonien wiedererleben. Längs der Eisenbahnlinie ist, dem Plane Ganahe zufolge, alles Land in einer Tiefe von etwa 20 Kilometern von Japan zu erwerben, um dort japanische Reservisten in geschlossenen Kollektivbetrieben anzusiedeln. Die so entstehenden Dörfer haben kleinen Festungen zu gleichen. Ihre Verteidigung wird in die Hand der ständig bewaffneten Kolonisten gelegt. Neben den Gemeinen, die die einzelnen zu Säuße zu halten haben, wird jedem Dorf ein Maschinengewehr zugeweiht. Desgleichen soll die japanische Regierung Ärzte, Lehrer und andere Vertreter „höherer“ japanischer Kultur zur Verfügung stellen.

Um eine Überschneidung der Mandchurei mit chinesischen Einwandern zu verhindern, ist ein Einwanderungsverbot für Chinesen zu erlassen. Was das bedeuten würde, erhellt, wenn man berücksichtigt, daß sich die Bevölkerung des Landes im letzten Vierteljahrhundert durch Einwanderung aus China fast verdreifacht hat.

Neben diesen militärkolonialistischen Plänen Ganahe stehen seine Gedanken über die politische Gesamtorganisation der Mandchurei. Das aus Eingeborenen bestehende Kabinett soll nicht angefaßt werden. Dem Namen nach hat es das Land zu regieren. Tatsächlich aber wird jeder noch so unbedeutende Schritt irgendeines Verwaltungsbeamten durch ein neben dem Kabinett zu schaffendes „Allgemeines Amt“ kontrolliert. Hier laufen die Verträge über sämtliche Personalien zusammen. Von hier aus wird die Finanzgebarung kontrolliert. Hier wird eigentlich die Politik gemacht, und hier werden die Richtlinien für die Verwaltung ausgearbeitet. Selbstverständlich sind die Leiter dieser „eigentlichen“ Regierung Japaner.

Vom Internationalen Arbeitsamt

Sondertagung des Verwaltungsrates

Dem Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ist von Seiten des Vertreters der italienischen Regierung im Verwaltungsrat, Dr. Micheli, ein Schreiben zugegangen, in dem er die Einberufung einer Sondertagung des Rates verlangt, um über die baldige Einberufung einer Sondertagung der internationalen Arbeitskonferenz Beschluß zu fassen, der die Aufgabe ziele, die Frage einer Verabredung der Arbeitszeit in der Industrie im Zusammenhang mit der gegenwärtig herrschenden großen Arbeitslosigkeit zu prüfen.

Nach Prüfungnahme mit den Mitgliedern des Verwaltungsrates hat der Vorsitzende beschlossen, auf Grund der im nach der Geschäftsordnung zustehenden Befugnisse auf den 21. September eine Sondertagung des Verwaltungsrates nach Genf einzuberufen und zum Vorschlag der Micheli Stellung zu nehmen. Die ordentliche Tagung des Völkerbundsrates ist bekanntlich auf den 24. Oktober nach Madrid angelegt worden.

Weltwirtschaftskonferenz und Kriegsschuldenproblem. Der Washingtoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ weist zu berichten, daß die dortigen informierten Kreise der Ansicht seien, Hoovers Rede lasse darauf schließen, daß die ganze Frage der Kriegsschulden auf der Weltwirtschaftskonferenz aufgerollt werden solle. Auf der von Hoover angebotenen „geschichtlichen“ Basis würde es möglich sein, die Kriegsschulden als Anhang zu den Fragen zur Sprache zu bringen, die Amerika auf der Tagesordnung der Konferenz als reine Wirtschaftspragen anzuerkennen bereit sei.

Prof. Dr. Richard Willstätter 60 Jahre alt. Geheimer Rat Prof. Dr. Richard Willstätter aus Karlsruhe, Nobelpreisträger und früherer Universitätsprofessor in München, vollendet am Samstag sein 60. Lebensjahr. Richard Willstätter war zuerst Dozent in München, dann Professor am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich, Abteilungsvorstand am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlen bei Berlin und ist dann Bahers Nachfolger in München geworden, ein großer Chemiker und eine Weltberühmtheit. Mit äußerster Arbeitsenergie hat er seine Forschungen auf verschiedenen Gebieten der Chemie durchgeführt, wie auch in der Wissenschaft von den Nahrungsmitteln. Seine akademische Lehrtätigkeit hat Willstätter ausgeübt, als vor zehn Jahren in München sich ein starkes antisemitisches Treiben entfaltete. Von dem ihm zu seinem 60. Geburtstag erwiesenen Ehrentitel ist Willstätters Ernennung zum Ehrenbürger der Technischen Hochschule in Stuttgart, wie zum Ehrenmitglied der Chemischen Gesellschaft in München zu verzeichnen. Auch nach dem Verzicht auf seine akademische Lehrtätigkeit, zu deren Wiederaufnahme er nicht zu bewegen war, ist Richard Willstätter ein hervorragender Wissenschaftler geblieben.

Das Institut für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg ist unter der Leitung von Prof. Dr. v. Eckardt und Geheimrat Dr. h. c. Waldfird im Sommersemester 1932 weiter ausgebaut worden. Die Besucherzahl war die höchste seit Gründung des Instituts.

Im Wintersemester 1932/33 werden Vorlesungen stattfinden von Prof. v. Eckardt über „Soziologie der öffentlichen Meinung und Politik“ (vierstündig) und von Geheimrat Dr. h. c. Waldfird über die Themen „Zeitungsverlag und Betrieb“ (einstündig) und „Zeitung und Politik“ (einstündig). An Übungen sind vorgesehen: Prof. v. Eckardt „Zur Soziologie der Politik“ (zweistündig), Geheimrat Dr. h. c. Waldfird „Zur praktischen Zeitungsfunde“ (zweistündig), und Prof. v. Eckardt und Dr. G. Wöfe „Aber Presse und öffentliche Meinung“ (zweistündig) für Anfänger. Außerdem werden sich hervorragende Vertreter der Redaktions-Praxis an der Lehr- und Forschungstätigkeit beteiligen, u. a. durch eine Vorlesung über das Thema „Grundzüge der kulturellen Publizistik“, durch Übungen über „Die Praxis der Zeitungsredaktion“ und über das Thema „Theater und Presse“. Die von den Studierenden autonom geführten Arbeitsgemeinschaften werden nach wie vor in den Gruppen „Politik und Presse“, „Wirtschaft und Presse“, „Kultur und

Reichskonferenz in Ottawa

Der Bericht der Währungskommission

Aus dem Bericht der Finanz- und Währungskommission verläutet, daß die Reichswirtschaftskonferenz die Schlüsselstellung des Vereinigten Königreichs nicht nur innerhalb des Commonwealth, sondern für die Wirtschaft und Finanz der ganzen Welt in ihrer vollen Bedeutung anerkennt. Diese Schlüsselstellung bringt mit sich, daß das Vereinigte Königreich ein ausschlaggebender Faktor für alle in Frage kommenden Maßnahmen ist. Darum begrüßt die Konferenz die vom britischen Schatzkanzler im Namen des Vereinigten Königreichs abgegebene Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Regierung Sr. Majestät wünscht die Durchführung einer Erhöhung des Großhandelspreisniveaus. Das Fehlen einer solchen Erhöhung hat unausweichlich eine Beschränkung aller jener Maßnahmen zur Folge, die hinsichtlich des Sterlingkurses unternommen worden sind. — Die Konferenz ist weiter davon überzeugt, daß die Geldpolitik darauf abgestellt sein muß, den internationalen Geldwert in zufriedenstellendem Umfang zu regeln. Zuerst müssen aber eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden, zu deren wichtigsten eine allgemeine Senkung der Warenpreise in den verschiedenen Ländern gehört. Dieses Preisniveau muß den Produktionskosten besser angepaßt sein, zu denen auch die Schulden und übrigen lang- und kurzfristigen Belastungen zu zählen sind. Schließlich müssen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Verhältnisse zweckentsprechend zu gestalten, die in zahlreichen Ländern zu einer Erschütterung der Goldwährung geführt haben.“

Die Konferenz hält es im Interesse eines sicheren Funktionierens jedes internationalen Verständnisses für unbedingt geboten, daß die internationale Zusammenarbeit gefördert und aufrechterhalten wird, damit, soweit es irgend möglich ist, die starken Schwankungen der Kaufkraft vermieden werden.

WTB. London, 13. Aug. (Tel.) Die Nachrichten aus Ottawa lauten heute erheblich zufriedlicher. „Die Reichskonferenz ist über die Stromschnelle hinweg“, meldet z. B. „Daily Telegraph“. Alle Blätter berichten über eine größere Bereitwilligkeit des kanadischen Premierministers, den Forderungen des Mutterlandes gegenüber Nachgiebigkeit an den Tag zu legen. Dem Berichterstatter des „News Chronicle“ zufolge soll Bennett vorgeschlagen haben, gewisse Baumwollwaren in freier Konkurrenz mit kanadischen Waren hereinzulassen, wobei lediglich der Unterschied des Lohnniveaus in den beiden Ländern durch einen variablen Zoll ausgeglichen werden soll.

Auch die Besprechungen zwischen den Dominions sollen im Laufe des gestrigen Tages bedeutende Fortschritte gemacht haben.

Kurze Nachrichten

Um das Schicksal der Deutschen Staatspartei. Ende dieses Monats wird der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei und im Anschluß daran der Gesamtvorstand der Partei in Berlin zusammenzutreten, um über die zukünftige Arbeit an und in der Partei entscheidende Beschlüsse zu fassen. In staatsparteilichen Kreisen wird erklärt, daß die Partei als solche sich bei der letzten Reichstagswahl als durchaus lebensfähig erwiesen habe, da sie als einzige der Mittelpartei ohne irgendwelche Listenverbindungen sich habe einigermassen erhalten können. Der Parteiführer, Reichsminister a. D. Dietrich, hat z. B. Berlin verlassen und einen kurzen Erholungsurlaub angetreten.

Übertritt zur Bayerischen Volkspartei. Der Führer der Wirtschaftspartei der Pfalz, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Gallmann-Kaiserlautern, ist zur Bayerischen Volkspartei übergetreten. Gallmann gehörte den beiden letzten Reichstagen als Mitglied der Fraktion der Wirtschaftspartei an. Bei den letzten Reichstagswahlen hat er noch als Spitzenkandidat für die Wahlkreise Würtemberg und Baden kandidiert, jedoch kein Mandat erringen können.

In der bolivianischen Antwort auf den Schritt der Neutralen nimmt Bolivien die Lösung an, die Schwierigkeiten durch Schiedsverfahren beizulegen. Dagegen lehnt es Bolivien ab, die in Paraguay besetzten Forts zu räumen. Um Reibungen zu vermeiden, würde Bolivien sich mit der Schaffung einer unparteilichen Körperlichkeit einverstanden erklären.

Das angelegte englisch-ägyptische Bündnis. Der ägyptische Ministerpräsident Sidki Pascha, hat das Gerücht, wonach zwischen England und Ägypten Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses eingeleitet worden seien, als falsch bezeichnet.

„Presse“ und „Recht und Presse“ die seit Jahren betriebene wissenschaftliche Arbeit in Verbindung mit praktischer Ausbärtätigkeit an den Institutsarbeiten weiterzuführen.

Weitere Punkte des Winterprogramms sind Vorträge führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Presse und Exkursionen zur Besichtigung von Zeitungsbetrieben, Papier- und Schnellpressenfabriken usw.

Carl-Benz-Denkmal in Mannheim. Für das Carl-Benz-Denkmal, mit dessen Bau begonnen wurde, hat der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, der Allgemeine Schnaufer-Club und der Reichsverband der Automobil-Industrie die Schuttpflicht übernommen. Die Enthüllung des Denkmals am ersten Ostertag 1933 soll zu einer Weltfeier ausgestaltet werden. Bekanntlich stammt der Entwurf des Denkmals von Prof. Dr.-Ing. Max Raenger von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der ADAC wird zur Benz-Gedenkfeier eine Internationale Sternfahrt ausrichten und die „Schnauferbrüder“ werden den historischen Festzug des Automobils wiederholen, den sie bereits in München gezeigt hatten.

Freiburger Gelehrte bei der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft. Aus Anlaß der von 400 Teilnehmern besuchten 113. Jahresversammlung der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft in Thun hielt Geheimrat Prof. Dr. Spemann (Freiburg i. Br.) ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über „Theorien der Entwicklung im Lichte neuer Experimental-Ergebnisse“; Geheimrat Prof. Dr. Rinne (Freiburg i. Br.) sprach über das Thema „Neues über Parakristalle“ und Professor Dr. S. Sigrift (Leipzig) über „Der Ausfall auf den Hamalischen Inseln“.

Der deutsche Spielplan im Straßburger Stadttheater ist nach neuen Gesichtspunkten aufgestellt worden. Entgegen dem bisherigen Brauch soll künftig eine größere Anzahl Bühnen für die deutschen Gastspiele herangezogen werden. Außer den in Straßburg schon bestbekannten Theatern Freiburg und Basel wird man wieder das Schauspielhaus von Frankfurt a. M., das Stadttheater von Saarbrücken und das Landestheater Karlsruhe zu sehen bekommen. Außer diesen Theatern werden noch die Frankfurter Oper, das Stadttheater Jülich, das Nationaltheater Mannheim, das Hessische Landestheater Darmstadt und evtl. noch das Württembergische Landestheater Stuttgart sowie die holländische Bühne von Baden in Straßburg gastieren. Vorgelesen sind 14 deutsche Opern- und Operettengastspiele.

Aus den Ländern

Ein preussischer Erlass gegen Nacktkultur

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Berlin hat unter Bezugnahme darauf, daß die Reichsregierung in ihrer Regierungserklärung für die Wahrung christlicher Grundsätze im Staatsleben eingetreten ist, der Reichskommissar für Preußen, Bracht, sich entschlossen, kulturellen Erscheinungen im äußeren Wille, vor allem der Großstädte, im Rahmen des Möglichen entgegenzutreten. Insbesondere ist es — so wird erklärt — die schamlose Herabsetzung der Frauenehre und Frauenwürde, die als ethische Entartungsercheinung christlicher deutscher Volkskultur, Volkssitte und Volkssittlichkeit zuwiderläuft.

Es sind deshalb zunächst grundsätzlich alle Nacktdarstellungen in Theatern und Revuen, Kabarets usw. ebenso verboten, wie die Verweise, durch weibliche Personen in dürftiger Kleidung einen Anreiz zum Besuch von Schaustellungen auszuüben. Deutsche Frauen, nur mit dem Badekostüm bekleidet, durch Preisgerichte oder ein vielhundertköpfiges Publikum auf ihre körperlichen Reize abgesehen zu lassen, um sie dann als Schönheitskönigin usw. zu prämiieren, ist ein Zeichen kulturellen Niedergangs. Derartige Dinge werden daher in Zukunft verhindert werden.

Das BADELEBEN an unseren Strömen und Seen hat Formen angenommen, die zum Teil nicht mehr zu tun haben mit der hehrwürdigen Forderung nach Licht, Luft und Sonne. Klagen aus dem Auslande zeigen, daß derartige Zustände auch dem deutschen Ansehen im Ausland abträglich sind. Der Reichskommissar hat daher das Nacktbaden und den Besuch von Gaststätten in Badeläuben — soweit sie nicht unmittelbar mit dem Badebetrieb verbunden sind — verboten. Er hat außerdem die Polizei angewiesen, gegen argersüßere Regungen nachdrücklicher als bisher einzuschreiten.

Zogenannten Freizeitsportvereine sind es möglich, in großen Theatern Berlins vor Tausenden von Zuschauern gymnastische Nacktdarstellungen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beiderlei Geschlechts unter dem Zeichen der Anbahnung einer neuen „proletarischen Kultur“ zu zeigen. Das deutsche Volk lehnt in seiner großen Mehrheit eine derartige „Kultur“ ab und es werden solche Darbietungen in Zukunft verhindert werden.

Die Polizei ist ferner angewiesen, dem Straßenbild verschärfte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um auch dort auftauchenden unerträglichen Auswüchsen entgegenzutreten.

SPD. verlangt Einberufung des Preußenlandtags

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags ist von der Antwort nicht befriedigt, die sie vom Landtagspräsidenten erhalten hat. Dieser hatte erklärt, daß aller Voraussicht nach das preussische Parlament noch vor dem Reichstag zusammentreten werde. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr die sofortige Einberufung des Altestenrates des Preussischen Landtags beantragt. Die Fraktion ist im Altestenrat stark genug vertreten, so daß ihrem Antrag stattgegeben werden muß. Allerdings fehlt in der Geschäftsordnung eine Bestimmung über die Frist, innerhalb der der Präsident einen solchen Antrag nachkommen muß. Man erwartet in preussischen parlamentarischen Kreisen, daß schon in den nächsten Tagen vom Präsidenten der Termin für die kommenden Plenarsitzungen des Landtags bestimmt werden.

Oldenburg will Geld drucken

Auf einer nationalsozialistischen Kundgebung in Hannover kündigte der oldenburgische Ministerpräsident Höver an, daß, wenn im Reich nicht bald ein gründlicher Wechsel eintrete, Oldenburg als kleines Land „ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Wirtschaftsgestaltung“ geben werde. In diesem Land, in dem eine Reihe von Städten wirtschaftlich tot sei und den Beamten die Gehälter nicht mehr gezahlt werden könnten, werde die Regierung „zu einfachen Mitteln greifen“. Wenn im Reich kein Wechsel eintrete, würde sie über die Oldenburgische Staatsbank aus eigenen Nachschußmöglichkeiten heraus einen bestimmten Betrag auf Grund von Wertpapieren der oldenburgischen Wirtschaft klaffen lassen. Wenn die Reichsregierung dann einen Staatskommissar schickte, dann würde Oldenburg die Bauern mobilisieren und bis aufs äußerste kämpfen.

Der Berliner Rundfunkintendant Dr. Fleck ist seines Amtes entsetzt worden. Der Rücktritt erfolgte, nachdem Besprechungen des Rundfunkkommissars des Reichsministers des Innern mit Dr. Fleck über die künftige Gestaltung des Rundfunkprogramms kein Einvernehmen brachte. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte hat die Reichs Rundfunkgesellschaft bis auf weiteres Dr. Auste, den bisherigen Leiter des Programmamts der Deutschen Rundfunkgesellschaften, beauftragt.

Vollstimmige Landesregierung hat das vom Landtag beschlossene Gesetz über Mieterhöhung, das die letzten Reste der Wohnungszwangswirtschaft aufhebt, dem Volksentscheid unterbreitet. Die Abstimmung erfolgt am 25. September.

Kleine Chronik

Nach langer Pause wirkte den Deutschen bei den X. Olympischen Spielen in Los Angeles am Freitag zum erstenmal wieder das Glück. Im Endlauf des Vierers mit Steuermann konnte die Mannschaft des Berliner Rudervereins nach einem auf den letzten 200 Metern erbittert geführten Kampf die führenden Italiener um einige Zentimeter hinter sich lassen und in 7:19 Min. als Sieger hervorgehen. Der Sieg brachte Deutschland die vierte Goldmedaille.

Der deutsche Ozeanflieger v. Gronau erklärte in Winnipeg, daß er seinen Flug um die Welt durchzuführen wolle. Zunächst werde er an der Küste Mexikos entlang und über die Meilen nach Tokio weiterfliegen, doch sind seine Pläne noch nicht endgültig.

Bei der Besteigung des Matterhorns verunglückten ein Mannheimer und ein Birmasener Student, letzterer kam mit weniger schweren Verletzungen davon, während der Mannheimer, Hans Mittag, den Tod fand. Am Monters stürzte aus einer Turmstange eine Dame ab und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Professor Ricard hat den auf heute, Samstag, früh angelegten Start des Stratosphärenballons verschoben, da die gewitterhafte Wetterlage einen Flug nicht ratsam erscheinen läßt.

Schweizer Blättermeldungen zufolge ist auf dem Pfiffsch (Gemeinde Rütt) bei Riggisberg ein Haus mit Scheune nachts abgebrannt. Wahrscheinlich wurde der Brand durch einen Meteorfall verursacht. Zwei heimkehrende Männer beobachteten nämlich zu gleicher Zeit einen Meteor, der in der Richtung des abgebrannten Hauses fiel. Die drei in dem Hause wohnenden Familien — etwa 12 Personen — konnten nur mit Mühe das Leben retten.

Nach dreitägiger großer Hitze sind in verschiedenen Gegenden Englands und Schottlands schwere Gewitter niedergegangen, die großen Schaden angerichtet haben.

Strahlungsmessungen in 28 000 Meter Höhe

Nachdem sich seit vielen Jahren Gelehrte von Weltraum mit der Erforschung der aus dem Weltall zu uns dringenden kosmischen Höhenstrahlung befaßt haben, ist es außerordentlich erfreulich, daß es jetzt einem deutschen Forscher, Prof. Regener (Stuttgart) gelungen ist, als erster genaue Messungen in Höhen bis zu 28 000 Meter durchzuführen. Prof. Regener erbrachte den exakten Beweis, daß die Zunahme der Intensität der Höhenstrahlung entgegen allen bisherigen Annahmen über 12 000 Meter Höhe merklich nachläßt.

Die zu den Messungen verwendeten, von Prof. Regener konstruierten automatisch arbeitenden Meßgeräte wurden von Gummiballons bis 28 000 Meter hoch getragen. Nachdem bei drei früheren Aufstiegen geringere Höhen erreicht wurden, ist es am 12. August Prof. Regener gelungen, den Höhenballon mit den Meßgeräten bis auf 28 000 Meter hoch zu bringen. Die vorläufige Auswertung der photographischen Meßplatten ergab bei 12 000 Meter Höhe noch ein Ansteigen der Höhenstrahlung. Von dort bis 28 000 Meter Höhe konnte der Verlauf der Zunahme der Strahlung durch 14 Meßwerte festgestellt werden, während bekanntlich Prof. Ricard bei seinem letzten Aufstieg nur eine Messung in 16 000 Meter Höhe machen konnte.

Besentlich ist aber vor allem, daß Prof. Regener durch die geistreiche Funktion der selbsttätig arbeitenden Meßgeräte in der Lage ist, ohne Anwendung großer Mittel die Erforschung der Höhenstrahlung in den höchsten Schichten der Atmosphäre, die mit bemannten Ballons niemals erreichbar sein werden, durchzuführen.

Eine Gedenkfeier des Kreuzers „Karlsruhe“. An der Stelle der Seeschlacht von Jassand hat der Kreuzer „Karlsruhe“ am 9. August zu Ehren der Gefallenen eine Gedenkfeier abgehalten.

Badischer Teil

Saarauer Erntebilanz

Bei der heutigen Erntebilanz kann man, wie aus Rechn. berichtet wird, mit großer Genugtuung feststellen, daß die Landwirtschaft im Saarland — abgesehen von den Überschwemmungen im Rheinvorland — im großen und ganzen von direkt verheerenden Witterungsschlägen verschont geblieben sind. Das gilt auch vom Erntestand der Niedermerebenen oberhalb Rehls.

Zweifellos ist das Jahr 1932 wieder ein Futterjahr und übertrifft in seinen Erträgen noch das vorhergehende Jahr. Allgemein war das Viehfutter noch selten so schön und üppig, wie gerade in diesem Jahr. — Was nun die nahezu beendigte Getreideernte betrifft, so sind die anfänglichen Befürchtungen wegen des verschiedentlich lang anhaltenden Regens weitestgehend glücklichweise nicht eingetroffen. Schon Jahrzehnte nicht mehr konnte gerade die Getreideernte bezüglich ihrer Qualität und Quantität den Landmann so befriedigen, wie heute, denn überall spricht man von einer Vollernte. Dazu konnte sie noch ohne Witterungsstörungen unter Dach und Fach gebracht werden. Die Felder sind zum Teil schon wieder umgepflügt und neu eingesät. Die Tabakpflanzen sind kräftig entwickelt und zum größten Teil roßfrei. Die Ernte dürfte infolge dessen auch hier zufriedenstellend ausfallen. — Ebenso verpricht der Stand der übrigen Feldfrüchte, Kartoffeln, Rüben und Kraut durchweg eine befriedigende Ernte.

Das Obst hat sich auf den höher gelegenen Wiesen sehr gut entwickelt, während es in den tieferen Gemarkungsteilen vielfach stark unter dem wiederholt eintretenden Schwefelwetter litt.

Die Obstternte fällt sehr unterschiedlich aus. Der Ertrag von Äpfeln und Birnen wird hinter dem Steinobst weit zurückbleiben. Teilweise gibt es wieder ziemlich Äpfel und Pfämen, während der Weichapfel an den Zweigendäumen wieder sehr spärlich ist. Der ständige Regen hat das Wachstum des Unkrauts sehr gefördert. In manchen Feldern überragt es die Frucht. Doch wenn die gute Witterung noch weiter anhält, wird auch diesem Unkraut noch abgeholfen werden können.

Verfassungsfeiern im Lande

Kh. Unter Mitwirkung der Deutschen Jugendkraft, des Sportklubs Roland, des Gesangsvereins Freundschaft und der Stadtpflicht nahm die von der Stadtverwaltung in Billingen veranstaltete und von Bürgermeister Grumelshäuser geleitete Verfassungsfeier in Billingen einen glanzvollen Verlauf. Der hier zur Erholung weilende Landtagsabgeordnete Dr. Volkhard hatte die Festrede übernommen und schilderte in begeisterten Ausführungen, den Werdegang der deutschen Freiheit von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche an über den großen Wurf Bismarcks im Versailler Spiegelssaal hinweg bis zum Versailler Diktat, dem wenige Monate später, aus tiefer Not geboren, die Weimarer Verfassung folgte, deren Schöpfer die deutsche Freiheit als Wirklichkeit sahen. Noch ist das Hebelnied unserer Zeitgenossen nicht gelungen, noch das größte Gebot aller Zeiten, das des Weltkriegs, noch nicht nach Gebühr geehrt. Aber die Verfassung als Frucht jener schweren Zeit nach dem Kriege hat sich behauptet als die Magna Charta des deutschen Volkes, als ein Fundament, auf dessen Stufen wir die einst besetzten Gebiete unserm Vaterland wieder einverleiben, und um dessen Bestand ein Mathenau und ein Erzberger ihr Herzblut hingaben. Auf sie gestützt mögen die Deutschen sich einigen als eine von Geschäftigkeit freie Schicksalsgemeinschaft zum Kampfe um eine bessere Zukunft. Im Deutschland fand die Stimmung der gutbedachten Verammlung ihren weitestvollen Ausdruck. Mit der Feier verband sich die Auszeichnung verdienter Sanitäter durch den Bürgermeister.

Der Verfassungstag in Konstanz wurde durch eine Feier in bescheidenem Rahmen begangen. Eingeleitet wurde die Feier im Konzil mit Beethovens feierlicher Messe „Die Himmel rühmen“. Im Anschluß daran sprach Landrat Frank zu den auszuzeichnenden Feuerwehrjubilaren, ebenso Oberbürgermeister Dr. Moerle. Später ergriff Landrat Frank erneut das Wort zu einer von tiefem vaterländischen Fühlen durchdrungenen Festansprache. Wenn wir heute Männer des öffentlichen Lebens auszeichnen, so haben wir wahrste Volksgemeinschaft, von der wir heute so viel hören, aber leider so wenig merken. Die Reichsverfassung setzte sie voraus, als sie ihre großen und wertvollen Grundrechte aufstellte. Wenn die Staatsautorität da und dort ins Wanken geraten ist, so darum, weil es viel am Geist der Eingabe und an der großen Idee der Zusammengehörigkeit fehlt. Wenn der Wert der Verfassung heute umstritten ist, so doch nur deshalb, weil es in unserer Volksgemeinschaft zu viele gab, die nur die Rechte für sich in Anspruch nahmen und nie an die Pflichten dachten. Vieles mag uns trennen, unsere Wege zur Schaffung eines gesunden Vaterlandes mögen auseinandergehen. Aber immer wollen wir an das Gemeinsame denken, wollen uns stets erinnern, daß wir von gleichem Fleiß und Blut, gleichen Sprache und gleichem Volke sind, daß wir dasselbe Land bewohnen, und daß deshalb in uns der gleiche Wille leben muß; Deutschland im Innern und Äußern groß und stark zu machen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Gbbricher Bauernaufbruch vor Gericht

Am 27. Juni kam es, wie wir seinerzeit berichtet haben, in der Gemeinde Gbbrichen (Amt Forzheim) anlässlich der Zwangsversteigerung eines Kindes zu tätlichen Beleidigungen des Vollstreckungsbeamten und zu hartnäckigem Widerstand, an dem sich zahlreiche Einwohner der Gemeinde beteiligten, so daß zunächst die Gendarmerie und später sogar eine größere Forzheimer Polizeibteilung eingesetzt werden mußte. Die Fenster des Rathauses wurden eingeworfen, Barrikaden errichtet, die Beamten sogar beschossen, ein Heuwagen angezündet und schließlich mit Steinen geworfen, so daß die Beamten ihrerseits zur Schußwaffe greifen mußten und dabei einige Personen verletzten. Schließlich gelang es den gemeinsamen Bemühungen von Polizei und Gendarmerie doch, die Festgenommenen abzuführen und die Ruhe wieder herzustellen.

Diese beispiellosen Vorfälle fanden nun am Freitag vor der Großen Ferienkammer in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bähringer ihr gerichtliches Nachspiel. Angeklagt sind die Landwirte Karl und Friedrich Hoff, der Mauerer Wilhelm Otto Spittelmeister, der Metzger Hermann August Wörcher und der Landwirt Wilhelm Adam Hoff wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Nötigung, während weitere 18 Angeklagte sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben. Als Verteidiger fungiert u. a. der Rechtsberater Adolf Hülers, Rechtsanwalt Dr. Frank II, München. Zu der Verhandlung sind insgesamt 29 Zeugen geladen.

Zunächst wurde der Angeklagte Karl Hoff vernommen. Er schildert seine wirtschaftliche Lage und die vorausgegangenem Geschehnisse, die zu dem Aufbruch geführt haben. Er bestreitet, den Gendarmenbeamten geschlagen zu haben. — Die übrigen Angeklagten bestreiten, sich an den Tätslichkeiten beteiligt zu haben.

Die Zeugenvernehmung eröffnete Gerichtsvollzieher Hans Deuerlein aus Forzheim, der damals die Zwangsversteigerung durchgeführt hat. Hoff hat die Anklage getan, er werde die Versteigerung nicht dulden, und wenn er ins Zuchthaus komme. Geschlagen sei er nicht worden. Gendarmehauptwachmeister Beyer sagt aus, Hoff habe schon bei früheren Versteigerungen Scherereien gehabt. Hoff habe vor der Versteigerung die Leute vor seinem Anwesen zusammengerufen. Als der Metzger nach dem Zuschlag das Kind wegführen wollte, wurde er tätlich angegriffen und geschlagen. Auch auf ihn, den Zeugen, sei eingeschlagen worden; darauf habe er seine Pistole gezogen. Wer geschlagen habe, kann Beyer allerdings nicht angeben; geschlagen habe er nicht. — Der Metzgermeister Schmidt aus Forzheim, dem damals der Zuschlag zugefallen war, kann nichts Wesentliches ausagen.

Nach einigen weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Beweisaufnahme geschlossen und zum Plaidoyer des Staatsanwalts übergegangen. Der Anklagevertreter, Dr. Reber (Forzheim), sollte zunächst dem Verhalten des Gendarmenbeamten und des Gerichtsvollziehers volle Anerkennung. Würde das, was die Angeklagten getan haben, jetzt erst begangen worden sein, so müßten sie mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft werden. Er beantragte daher gegen den am wenigsten belasteten Metzger Wörcher die Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis, gegen Karl Hoff zwölf Monate, gegen Wilhelm Adam Hoff zwölf Monate, gegen Wilhelm Hoff und gegen Spittelmeister je zehn Monate Gefängnis.

Nach über einstündiger Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten Karl Hoff wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Gefangenenerleichterung und Nötigung zu zehn Monaten Gefängnis, Wilhelm Friedrich Hoff wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Nötigung zu acht Monaten Gefängnis, Wilhelm Otto Spittelmeister wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Nötigung, Körperverletzung und Gefangenenerleichterung zu neun Monaten Gefängnis, Wilhelm Adam Hoff wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch, Nötigung und Bedrohung zu neun Monaten Gefängnis und den Angeklagten Hermann August Wörcher wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von je sechs Wochen Untersuchungshaft. Die fünf Hauptangeklagten haben die Strafe angenommen. Der Haftbefehl gegen sie wurde aufgehoben.

Nachmittags begann dann die Verhandlung gegen die weiteren 18 Angeklagten wegen Landfriedensbruchs. Sie werden beschuldigt, an den bekannten Vorfällen anlässlich der Versteigerung eines Kindes beteiligt gewesen zu sein.

Die Angeklagten bestreiten, von einigen Kompromissen abgesehen, ihre Teilnahme an den Tätslichkeiten. — Als erster Zeuge bekundet Gendarmekommissar Landerer (Forzheim) entschieden, daß die Forzheimer Bereitschaft bei ihrer Ankunft in Gbbrichen bemerkt wurde, und daß man Heuwagen über die Straße gestellt habe. Seitens der Einwohner seien die Beamten zuerst beschossen worden, und zwar seien drei bis vier Schüsse gefallen. Die Angeklagten erheben gegen diese Aussage Widerspruch. — Die Verhandlung wurde spät abends auf heute, Samstag, vertagt. Das Urteil wird nachmittags erwartet.

Der Tod im Strandbad. Das heiße Sommerwetter hat in diesem Jahre im Strandbad Mappendörfer das erste Opfer gefordert. Der 23jährige Edwin Steibel, Schüler am Staatstechnikum in Karlsruhe, ging plötzlich, ohne einen Hilfeschein auszusuchen, im Baden unter und ertrank, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte. Ansehend hat Steibel, der einen Herzfehler hatte, einen Herzschlag erlitten. Die Leiche wurde durch einen Taucher geborgen.

Selbstmord nach einem Verkehrsunfall. Auf der Landstraße zwischen Durlach und Wolfartsweier stieß am Freitagnachmittag ein Hamburger Personenkraftwagen auf ein Pferdewagenwerk. Das Pferd wurde hierbei betarrt verletzt, daß es getötet werden mußte. Die Insassen des Kraftwagens kamen mit dem Schrecken davon; hingegen nahm sich der Fuhrmann, ein 55 Jahre alter Landwirt aus Durlach-Aue, den Vorfal so zu Herzen, daß er sich in einem naheliegenden Wald erhängte. Die von der Polizei sofort vorgenommenen Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Bei der allgemeinen Aufregung ging einem der beteiligten Insassen des Kraftwagens dessen Brieftasche mit etwa 300 M Inhalt verloren. Ein junger Mann aus Durlach-Aue fand nach einiger Zeit diese und konnte sie dem Verlierer wieder aushändigen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die bereits angekündigten Aufführungen der Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß finden am 13., 14. und 17. August 1932 statt. Die musikalische Leitung liegt in den Händen von Kapellmeister Bruno Filzer, die Regie führt Emil Reizner. Mitwirkende sind: Toriff, Bauer, Pierment, Kiefer, Löfer, Schwarz, Kräger, Schnitzer, Hofer, Hellmuth, E. Lindemann, Schönthal, E. Rivinius. Die Operette, mit der sich bekanntlich Johann Strauß Weltrauf erwarb, ist eines der herrlichsten Werke der Operettenliteratur. Sie erfreut immer durch ihre bezaubernden Walzermelodien und ihre humorvolle Handlung. Die Vorstellung am Samstag, den 13. August, beginnt 20 Uhr.

Gemeinderundschau

16 000 M Wahlkosten in Mannheim. Das Reich vergütet bekanntlich den Gemeinden zum Ersatz der Wahlkosten einen festen nach Gemeindegröße abgestuften Betrag. Die auf die Stadt Mannheim entfallenden Kosten der Reichstagswahl vom 31. Juli betragen 10 000 M. Ein schließlich der durch die Reichspräsidentenwahl verursachten Ausgaben sind im Voranschlag 1932 insgesamt 16 000 M Wahlkosten eingesezt.

Eine Autostraße auf die Wachenburg. Die Stadt Weinheim baut z. Bt. eine Autostraße zu den Burgen Wachenburg und Winded. Der 1. Teil der Straße bis zur Winded ist bereits fertiggestellt. Der zweite Teil zur Wachenburg, die bekanntlich Eigentum der Korps an den Technischen Hochschulen Deutschlands im Weinheimer St. ist, wird als Notstandsarbeit in städtischer Regie ausgeführt.

Der Gemeinderat Eberbach hat eine Vereinbarung zwischen der Redarbaubauverwaltung und der Stadtgemeinde Eberbach wegen der Uferregulierung auf der linken Seite des Redars gegenüber Eberbach genehmigt. Nach dieser Vereinbarung werden von der Redarbaubauverwaltung die Kosten für die Zurückverlegung der Uferlinie und damit das Verrücken der jetzigen sog. Spöhrten sowie für die Höherlegung und Anböschung der Uferlinie getragen. Diese Arbeiten werden von zwei Eberbacher Firmen ausgeführt. Es wird ferner beschlossen, die allgemeine Wertzuwachssteuer zu erheben. Seither wurde nur der Wertzuwachs aus Inflationsgewinnen versteuert, während jetzt sämtlicher Wertzuwachs, welcher ohne besondere durch den feineren Grundstückseigentümer vorgenommene Verbesserungen erzielt wurde, bei dem Verkauf des Grundstückes besteuert wird.

Voranschlagsberatung unmöglich. Wegen Fernbleibens der Fraktionen der SPD und der NSDAP war es dem Bürgerausschuß Strüngen (Amt Bruchsal) bereits zum zweiten Male unmöglich, an die Beratung des Voranschlags für 1932/33 heranzutreten.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Baden-Badener Rennwoche gefiehet

DJ. Baden-Baden, 13. Aug. Es ist dem Internationalen Club nunmehr gelungen, die Baden-Badener Rennwoche für dieses Jahr zu sichern. Die Rennen in Iffezheim haben einen glänzenden Nennungsabschluß zu verzeichnen, der sogar besser als der letztjährige ist. Für die 24 Rennen, die an den vier Renntagen zum Austrag gelangen, sind rund 800 Nennungen, auch aus dem Auslande, abgegeben worden. Die Große Baden-Badener Rennwoche wird in diesem Jahre in der Zeit vom 23. August bis 14. September stattfinden. Der Große Preis von Baden, der am Freitag, den 2. September, den Höhepunkt der Rennen bildet, zeigt eine Besetzung von vier Franzosen und 11 deutschen Pferden. Um der gegenwärtigen Notzeit Rechnung zu tragen, hat der Internationale Club die Eintrittspreise stark herabgesetzt. So wird die I.-Klass-Tribüne in diesem Jahre mit Ausnahme des großen Preistages 5 M kosten.

DJ. Lahr, 13. Aug. Sechs Familien aus den Orten Reichenheim, Langenwinteln, Nonnenweiler, Schmieheim, Dinglingen und Baden-Weist verlassen heute ihre Heimat, um auf ein

Siedlungsgut bei Rastatt umzusiedeln. Die männlichen Angehörigen dieser Familien sind schon vor einigen Wochen nach dort gezogen, um in gemeinschaftlicher Arbeit an dem Aufbau mitzuhelfen und vor allen Dingen die Ernte heimzubringen.

DJ. Mannheim, 13. Aug. Wie bekannt wird, befindet sich Rechtsanwalt Dr. Hafner, der wegen angeblicher Devisenverfehlungen verhaftet wurde, seit Donnerstag wieder auf freiem Fuß. Auch die anderen Beteiligten sind, soweit sie verhaftet waren, wieder freigelassen worden.

DJ. Altlussheim bei Schwetzingen, 12. Aug. Der verstorbene sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Geheimer wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Kränze legten u. a. nieder Vertreter der badischen Staatsregierung und des Badischen Landtags.

11b. Engen, 12. Aug. Die Bezirksgewerbeschule hat einen außerordentlich starken Rückgang ihrer Schülerzahl zu verzeichnen. Vor wenigen Jahren betrug die Schülerzahl noch 200, während sie jetzt kaum noch 70 beträgt. Die Direktorstelle wird jetzt eingesparrt. Direktor Schulteis hat seine Verbelegung an die Gewerbeschule Waldshut erhalten.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	13. August		12. August	
	Reich	Paris	Reich	Paris
Amsterdam 100 G.	169.73	170.07	169.73	170.04
Kopenhagen 100 Kr.	78.97	78.23	77.92	78.08
Italien . . . 100 L.	21.53	21.57	21.51	21.55
London . . . 1 Pfd.	14.635	14.675	14.62	14.66
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.92	82.08	81.93	82.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Devisenerleichterungen für den Reiseverkehr. Durch Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 10. August ist die Möglichkeit, Konten und Sperrguthaben, soweit sie nicht aus dem Verkauf von Devisen entstanden sind, für Reisen zur Erholung und zum Kurgebrauch in Deutschland freizugeben, erweitert worden. Während bisher die Freigabe nur für Reisen der Kontoinhaber selbst in gewissem Umfang erfolgen konnte, ist sie nunmehr auf Reisen dritter Personen ausgedehnt worden, jedoch mit der Maßgabe, daß die freigegebenen Beträge insgesamt 10 000 M je Konto und Kalendermonat nicht überschreiten. Reisende erhalten nähere Auskunft bei den deutschen Reisebüros.

Wieder Freistoffkonvention? Seit Dienstag dieser Woche sind in München Verhandlungen im Gange mit dem Ziel, die Wiederaufrichtung der Freistoffkonvention am deutschen Markt zu erreichen. Die Ansichten dieser Verhandlungen werden laut „N. N.“ zuversichtlich beurteilt. Die Verhand-

lungspartner haben sich fämtlich zunächst darauf festgesezt, Benzinerläufe auf längere Sicht nicht abzuschließen, sondern nur auf einen Monat zu tätigen. Damit soll erreicht werden, daß man eine spätere Vereinbarung über die Wiederaufrichtung der Konventionen nicht dadurch für die erste Zeit ihres Inkrafttretens belastet, daß der Markt durch neue große Abschlüsse zu den Kampfpreisen unter Druck gehalten werden könnte. Die Russen sind an den Münchener Besprechungen nicht als Verhandlungspartner beteiligt, doch ist der amiesende Beobachter mit ziemlich weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Die Rumänen nehmen offiziell an den Verhandlungen teil.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Verlegungen, Furrubelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen.

— Wasser- und Straßenbaudirektion. —

Berest:

Vermessungsrat Theodor Jais in Mosbach zum Vermessungsamt Sinsheim.

Zur Ruhe gesezt:

wegen Erreichung der Altersgrenze: Bauoberinspektor Oswald Seiter in Karlsruhe, Wasseroberbaumeister Ludwig Bertsch in Rastatt und die Straßenwärter Johann Ruffhahn II in Degerfelden sowie Franz Anton Wimmel in Otigheim; wegen Krankheit auf Ansuchen: Straßenoberbaumeister Friedrich Egner in Adelsheim.

Verstorbene:

Verwaltungsassistent Jakob Herrmann in Karlsruhe, Verwaltungssekretär a. D. Andreas Nebel in Mosbach, Straßenwärter a. D. Michael Rimbeck in Mannheim-Redarau und Straßenoberbaumeister Heinrich Keller in Bogberg.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus

Spielplan vom 16. bis 21. August 1932

Dienstag, 16. Aug.: Das Veilchen vom Montmartre. 20 bis nach 23 (2,60).

Mittwoch, 17. Aug.: Die Fledermaus. 20 bis gegen 23 (2,60).

Donnerstag, 18. Aug.: Die Geisha. 20 bis 23.15 (2,60).

Freitag, 19. Aug.: Das Veilchen vom Montmartre. 20 bis nach 23 (2,60).

Samstag, 20. Aug.: Zum erstenmal: Die Garbadaufstin. Operette von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emerich Kalman. 20 bis gegen 23 (2,60).

Sonntag, 21. Aug.: Das Veilchen vom Montmartre. 20 bis nach 23 Uhr (2,60).

In Vorbereitung:

„Der Graf von Luxemburg“.

„Die Dubarry“

Winschermann G.m.b.H. Kohlen / Koks / Briketts / Brennholz

Büro: Stephaniensstr. 94, am Kaiserplatz. Fernsprechanchlüsse Nr. 815, 816, 817

Bücherschränke

Eiche gebeizt

29,50

Möbelhaus Marx Kahn

Waldstraße 22

Asphaltierungen

Isolierungen

führt aus

Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik

G. m. b. H.

Karlsruhe-Hafen

Öffentl. Sparkasse Gandschhausen N. Heidelberg

(unter Gemeindebürgerschaft)

Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva		Passiva	
	RM		RM
1. Kassenbestand	12 705,45	1. Spareinlagen	716 656,31
2. Guthaben bei Girozentralen u. Postfischkonto	1 966,83	2. Aufwertungsbeihilfen	42 746,33
3. Wechselkonto	33 703,54	3. Giroeinlagen	49 907,37
4. Wertpapiere	13 500,—	4. Anleihenkapitalien	133 321,80
5. Darlehen auf Hypothek	415 300,18	5. Durchlaufende Kredite	143 030,88
6. Darlehen auf Schuldscheine	131 004,35	6. Aufwertungsabrechnungsfonto	2 420,90
7. Kredite in laufender Rechnung	201 630,42	7. Rücklagen von früheren Jahren	46 425,17
8. Durchlaufende Kredite	143 030,88	8. Reingewinn vom laufenden Jahr	6 610,99
9. Aufwertungsfordernngen	100 218,44		
10. Einnahmerückstände	55 084,83		
11. Gemeindebeihilfen	13 673,83		
12. Verbandseinlage	18 800,—		
13. Grundstücke	500,—		
14. Gerätschaften	1,—		
Sa.	1 141 119,75	Sa.	1 141 119,75

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzlichen Rücklagen haben zu betragen:
 8% der Einlagen aus 766 567,68 RM . . . = 61 325,09 RM
 Sie betragen auf 31. XII. 1931 53 036,16 RM
 Somit weniger 8 288,93 RM
Gandschhausen, den 3. Februar 1932. S.108

Der Vorsitzende: Mattern. **Der Geschäftsleiter:** Rafner. **Der Kontrollleur:** Herzog.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
 HANZ VATER
 DOSSENHEIM & SOHN
 Straßenbau-Material

S.109. Bruchsal. Im Kontur über das Vermögen der Ferdinand Müller II Wwe., Anna Elisabeth geb. Wittmann in Weiber soll die Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind 633,93 RM verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 2 169,15 RM. Die bevor-

rechtigten Forderungen sind gemäß § 170 R.O. bereits beglichen. Das Schlußverzechnis liegt bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4 in Bruchsal zur Einsicht auf. Bruchsal, den 12. August 1932. Der Konturverwalter: Vaer, Rechtsanwalt.

Straßenbauarbeiten

Das Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen vergibt im öffentlichen Wettbewerb, nach Hofen getrennt, folgende Bauarbeiten: 1. Fahrbahnverbreiterung an der Landstraße Nr. 54 bei Rülben, bestehend in: 2000 cbm Erdbewegung, 3500 cbm Felsabtrag, 90 cbm Bruchsteinmauerwerk, 5200 qm Geflüßstein, 270 cbm Kalkfestschotterlieferung, Einmalen von 270 cbm Säotter. 2. Fahrbahnverbreiterung an der Landstraße Nr. 28 bei Mandendorf, bestehend in: 2136 cbm Erdbewegung, 25 cbm Betonmauerwerk, 1305 cbm Geflüßstein- und Kalkfestschotterlieferung, 170 cbm Kalkschotterlieferung, 215 cbm Schotterbefuhr und Einmalen von 425 cbm Schotter. Pläne und Bedingungen liegen auf dem Bauamt auf, wo auch Angebotsdrucke erhältlich sind. Angebote sind bis längstens Mittwoch, den 24. August 1932, 11 Uhr, mit entsprechender Aufschrift beim Bauamt einzureichen. S.107



Badisches Landestheater

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 14. August 1932

Die Fledermaus

Operette von Joh. Strauß

Dirigent: Bilger

Regie: Reifner

Mitwirkende:

Toriff, Bauer, Fierment, Niefer, Löfer, Schwarz, Krager, Schmitz, Söfer, Hellmuth, G. Lindemann, Schönhäler, G. Minnius

Anfang 19 Ende geg. 22^{1/2}, Preise 1—3 RM.

Bezirksparkasse Eberbach (Baden)

— Öffentliche mündelsichere Spar- und Kreditanstalt —

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand, Sorten, Zinsscheine	7 246,93	1. Spareinlagen	3 640 962,34
2. Wechsel	102 482,54	2. Depofiteneinlagen	91 168,44
3. Guthaben bei Landesbanken, Notenbanken, Postfischamt und Privatbanken	3 901,48	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen	211 986,38
4. Guthaben beim Bad. Sparfassen- und Giroverband	82 000,—	4. Anleihen	
5. Eigene Wertpapiere	64 286,20	a) Darlehen der Rentenbank und Goldfischkonto	153 063,63
6. Kontoforrentkredite	433 487,89	b) Sonstige	438 507,94
7. Hypothekendarlehen	2 621 243,76	5. Verrechnung mit dem neuen Jahre (Ausgabe-rückstände)	17 194,23
8. Grundstückskaufgelde	9 338,71	6. Rücklagen	
9. Lombarddarlehen	3 120,—	a) aus früheren Jahren	136 259,89
10. Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	443 636,43	b) Zumeistung 1931	20 559,57
11. Gemeindebeihilfen	525 421,23	Avale	5 518,— RM
12. Aufwertungsabrechnung	60 659,88	Verpflichtungen aus weitergegebene Wechseln	34 228,— RM
13. Verrechnung mit dem neuen Jahre (Einnahmerückstände)	138 881,35		
14. Verwaltungsgebäude nebst zugehörig. Grundstücken	45 000,—		
15. Sonstige Grundstücke	163 000,—		
16. Geräte	6 000,—		
Avale	5 518,— RM		
Weitergegebene Wechsel	34 228,— RM		
Sa.	4 709 702,40	Sa.	4 709 702,40

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 3 944 117,16 RM Einlagen . . . = 197 205,85 RM
 Sie beträgt auf Schluf des Jahres . . . 156 819,46 RM
 Somit fehlen 40 386,39 RM
Eberbach, den 20. Mai 1932. S.93

Der Verwaltungsrat der Bezirksparkasse Eberbach:

Der Vorsitzende: Dr. Dr. Benz, Bürgermeister. **Der Geschäftsleiter:** Dr. Dr. Dörroächter, Direktor.

Formulare
 und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert
G. Braun GmbH.
 vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14.
 Tel. 952/54